

Erscheint täglich außer Sonntags.
Zusätzlich Abendausgabe des „Vorwärts“. Bezugspreis
beide Ausgaben 80 Pf. pro Woche, 3,60 M. pro Monat.
Redaktion und Expedition: Berlin SW 68, Lindenstr. 3

Spätausgabe des „Vorwärts“

Ausgabenpreis: Die einseitige Nonpareillezeile
80 Pf., Reklamezeile 6 M. Ermäßigungen nach Tarif.
Postcheckkonto: Vorwärts-Verlag G. m. b. H.,
Berlin Nr. 37 536. Fernsprecher: Dönhofs 292 bis 297

Mißtrauen in zehn Minuten

Ueberflüssige Landtagsarbeit — Goebbels vor 120 Jahren

Auf der Tagesordnung der heutigen Landtags-Sitzung stehen die deutschnationalen Mißtrauensvotengegen den Ministerpräsidenten Braun und den Innenminister Sebering wegen ihrer Gegnerschaft gegen das Verbot des Remarque-Films.

Abg. Schwecht (Dnat.): Ein falscher Kriegsteilnehmer wie Remarque hat sich mit dem polnischen Juden Lämmle zusammengetan, um das ganze deutsche Frontsoldatentum zu beschimpfen. (Lachen links. — Seit wann ist Lämmle ein Jude?) Der Film ist von einer nichischen Realistik. Die deutschen Soldaten sind Verbrechertypen. (Zuruf links: Schwindler!) Vielleicht finden Sie darin Ihre Photographie wieder. (Großer Lärm links.) Die amerikanische Fassung des Films enthält den Satz: Es sei schamhaft für das Vaterland zu sterben. (Stürmische Zurufe links: Lüge, Verleumdung! — Abg. Ruffner: Haben Sie denn den Film überhaupt gesehen?) Gott sei Dank, nicht. (Schallende Heiterkeit links und in der Mitte.) Wir wollen dem Preußen der Korruption (Stürmische Zurufe links: Kaiser! Kaiser! Hugenberg!) und Würdelosigkeit (Zurufe links: bei Russen!) das Preußen Friedrichs des Großen, das Preußen der Ordnung und Vaterlandsliebe im schwarzweißen Deutschland entgegenstellen. (Beifall rechts, lautes Lachen links.)

Abg. Ruffner (Soz.):

Als deutscher Kriegsteilnehmer und Gründer der größten deutschen Kriegsbeschädigtenorganisation spreche ich den Herren Heimkrieger und Hofenmähen das Recht ab, über das Frontierleben des deutschen Soldaten zu urteilen. (Stürmischer Beifall links.)

Herr Goebbels, der während der vier Jahre Weltkrieg die Schul- und Universitätsbänke mit dem Hofenboden weichte, mag das Bedürfnis empfinden, jetzt nachträglich seine Winderwertigkeitsgefühle in Strohenstandalen abzureagieren. Aber jedenfalls müssen wir Frontsoldaten daran festhalten:

die Herren Heimkrieger haben das Maul zu halten, wenn über Frontierleben gesprochen wird.

(Stürmischer Beifall bei den Sozialdemokraten.) Ich hätte es auch tatpöcker gefunden, wenn Herr Abg. Paul Baeder, den sein körperlicher Zustand ebenfalls an der Kriegsteilnahme gehindert hat, auf die Mitwirkung bei der Entscheidung der Oberfilmprüfstelle verzichtet hätte. (Sehr wahr!) Die ganzen Lügen über den Remarque-Film erledigen sich durch die einfache Tatsache,

daß solche Posen den Film ebenfalls verboten hat, weil er aufdringliche Propaganda für Deuschismus und deutsches Heldentum treibe.

(Große Heiterkeit und Bewegung links.) Die ganze Hege entspringt in erster Reihe den geschäftlichen Bedürfnissen des Herrn Hugenberg. (Lebhafte Zustimmung links.) Herr Hugenberg hat eine ganze Reihe offensichtlich deutschfeindlicher, overitanischer Kriegsfilme für seine Ufa erworben und durch Ausschmühe zurüchgemacht. Kein Patriotismus der Deuschnationalen hat etwas dagegen eingewendet.

Die jungen Leute von der Strohendemonstration gegen Remarque haben also in erster Reihe für die Konkurrenzinteressen der Firma Hugenberg getämpft.

Der zweite wirkliche Verbotgrund ist die Kriegshege: die gegenwärtige Jugend soll nicht mehr erfahren, wie der Krieg wirklich war. Niemand ist lächelnd ins Trommelfeuer geschritten, und Hinneistöße hat es hunderttausende gegeben. (Sehr wahr! links.) Die wirklichen Leiden, Gefahren und Entbehrungen des Frontsoldaten kann kein Film darstellen. (Sehr wahr! links.) Selbst der realistischste Film kann nur einen schwachen Abganz der Wirklichkeit geben, niemals eine Uebertreibung.

Vor 120 Jahren wurde im königlichen Säufspielhaus ein Stück vom Spielplan abgesetzt, weil die Offiziere der Regimenter Garde du Corps und Gensdarmes deswegen mit einem Theaterstandal drohten, weil das Stück einen preußischen Offizier auf die Bühne brachte, der sich vor dem Tode fürchtete. Der Dichter dieses Stückes hat sich im Jahre darauf am Kleinen Wannsee erschossen, sein Name war Heinrich von Kleist, sein Stück ist „Der Prinz von Homburg“. (Große Bewegung.)

Wir danken den preußischen Ministern, daß wenigstens sie sich der neuen Kriegshege nicht gebeugt haben und sprechen ihnen unverändert Dank und Vertrauen aus! (Stürmischer Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Die Debatte geht weiter.



Das Bild zeigt eine Gruppe von Menschen, die sich in einer öffentlichen Versammlung oder Demonstration befinden. Die Szene ist dynamisch, mit Personen, die in verschiedenen Richtungen blicken und scheinbar in einer Diskussion oder Auseinandersetzung verwickelt sind. Die Kleidung und die Art der Zusammenkunft deuten auf eine historische oder politische Kontext hin.

„Wahrheit“ für die Jugend!

Dieser Ausschnitt stammt aus der „Komsomolstaja Prawda“ vom 24. November 1930, der „Wahrheit“ für die russische kommunistische Jugend. Das Photo — für unsere deutschen Leser klar erkennbar als eines der üblichen indischen Aufstandsbilder — trägt in dem kommunistischen Jugendblatte von Rostow die Unterschrift:

„Die Polizei jagt eine Demonstration der arbeitenden Frauen in Berlin auseinander.“

Damit niemand an der Richtigkeit der Ortsbezeichnung zweifle, ist das Bild mitten in einen Aufsatz über den sogenannten „Kongress der arbeitenden Frauen Deutschlands“ gestellt, der bekanntlich auch eine kommunistische Erfindung war.

Diese „Prawda“ (= Wahrheit) muß ihren russischen Lesern so unendlich tiefe Kenntnisse zutrauen, daß sie ihnen Berliner Arbeiterfrauen in die weißen Gewänder der Indier und die preußische Schuppolizei in die Uniformen der indischen Eingeborenen-Polizisten stecken darf, ohne nach den Solowki-Inseln verschifft zu werden.

Kriegsrecht gegen Generalstreik

Fliegerpropagandist für die Republik nach Portugal geflüchtet

Madrid, 16. Dezember. (Eigenbericht.)

Die Regierung hat über Madrid und die Zentralprovinzen das Kriegsrecht verhängt. Sie schritt zu dieser Maßnahme, nachdem 24 Flugzeuge vom Militärflugplatz in Madrid unter Führung des Fliegermajors Franco und eines Generals die Kasernen der spanischen Hauptstadt mit Flugblättern belegt hatten. Die Regierung war von der Absicht dieses Fluges frühzeitig unterrichtet worden, so daß die Maschinen noch vor der Rückkehr mit Flugabwehrgeschützen beschossen wurden. Außerdem wurde der Flugplatz besetzt, so daß die Befehlshaber der Aufstandsbewegung, Franco und der Kommandeur des Militärflugplatzes, nicht mehr landen, sondern, von regierungstreuen Fliegern verfolgt, nach der portugiesischen Grenze zu flüchteten. Der am Montag in zahlreichen spanischen Städten veranstaltete Generalstreik ist bis auf San Sebastian und Santander überall ruhig verlaufen.

In San Sebastian versuchten Arbeiter arbeitswillige Kollegen von der Arbeit abzuhalten und die Milch- und Lebensmittelzufuhr von der Stadt zu unterbinden. Als die Polizei einschritt, kam es zu blutigen Zusammenstößen. Auf beiden Seiten waren Tote und Verwundete zu beklagen. Die Nachricht von dem Blutvergießen ging wie ein Lauffeuer durch die Stadt. Bäden und Cafés wurden daraufhin geschlossen. Ein anderer Zusammenstoß war in San Sebastian zu verzeichnen, als Anhänger der Aufstandsbewegung in die Büroräume des Gouverneurs einzudringen versuchten. Die an dem Eingang stehenden maßgebenden Polizeibeamten wurden von den „Rebellen“, wie es in einem amtlichen Bericht heißt, niedergemacht. Zivilgarde und Polizei nahmen sofort die Verfolgung der „Aufständischen“ auf. Mehrere wurden getötet, zahlreiche verwundet und viele verhaftet.

Auch in Sevilla und Cadix, wo am Montag aus Marokko zurückbeorderte Truppen ausgeschifft wurden, kam es zu Zusammenstößen zwischen Arbeitern und der Polizei. Die Zahl der Toten bzw. der Verwundeten ist noch unbekannt. Wie in San Sebastian so wurden auch in Sevilla und Cadix zahlreiche Personen verhaftet. Der Generalstreik wird in den genannten Städten auch heute weitergeführt.

Franco in Portugal niedergelassen.

Madrid, 16. Dezember. (Eigenbericht.)

Franco und der Kommandeur des Madrider Flugplatzes, die nach der Beschießung des Militärflugplatzes mit zehn Offizieren im Flugzeug flüchteten, sind am Montagvormittag in der Nähe von

Lissabon gelandet, wo sie von portugiesischen Polizeibeamten in Empfang genommen und bis auf weiteres interniert wurden.

Die Regierung ließ am Montagvormittag durch Extrablätter mitteilen, daß die „Rebellion der 5000 Mann starken Besatzung des Flugplatzes „Su den vier Winden“ ohne große Schwierigkeiten niedergeschlagen werden konnte und die Aufständischen sich nach kurzer Beschießung des Flugplatzes gegen 12.30 Uhr mittags durch Hissen einer weißen Fahne ergeben haben. Die Führer des Aufstandes sind, soweit sie nicht mehr flüchten konnten, verhaftet worden. Der Flugplatz selbst wurde von einem starken Gendarmereiaufgebot besetzt.

Grenzen gesperrt — nur Radio funktioniert.

Der Telephonverkehr Berlin-Madrid, der infolge der Borkommission in Spanien seit Montagmittag unterbrochen ist, ruht auch heute noch. Befördert werden von Madrid aus bis auf weiteres nur Telegramme, die die Berjur passiert haben. Am Funde nicht zwischen Spanien und Deutschland waren Unterbrechungen bisher nicht zu verzeichnen.

Die Grenzübergänge von Spanien nach Frankreich sind restlos gesperrt. Auch die internationalen Züge verkehren vorläufig weder von noch nach Spanien.

Poincaré in Lebensgefahr.

Mit dem Ableben wird ernstlich gerechnet.

Paris, 16. Dezember. (Eigenbericht.)

Der Gesundheitszustand Poincarés hat sich in den letzten Stunden so verschlimmert, daß man bestimmt das Ableben erwartet. Die Pariser Nachrichtenagenturen und großen Zeitungen haben in der Nähe der Wohnung Poincarés einen ständigen Ueberwachungsdienst eingerichtet, durch den sie ihre Korrespondenten bzw. Leser über den Krankheitsverlauf ständig auf dem laufenden halten.

Befinden vorläufig unverändert.

Der Krankenbericht über das Befinden Poincarés, der heute früh um 8 Uhr ausgegeben wurde, besagt lediglich, daß vor zwei oder drei Tagen mit einer wesentlichen Besserung im Befinden des ehemaligen Präsidenten der Republik nicht zu rechnen ist.

In Polen verboten!

„Im Westen nichts Neues“ — Deutsche Propaganda!

Wie die „Danziger Volksstimme“ mitteilt, ist der Remarque-Film „Im Westen nichts Neues“ für das ganze Staatsgebiet der Republik Polen verboten worden.

In der Begründung des Verbots heißt es, daß der Film als eine „grobe Propaganda für Deutschland und deutsches Selbstentum“

anzusehen und deshalb zu verbieten sei. Was von den Rechtsadvisaten und der sich unter ihrem Terror beugenden Oberprüfstelle in Berlin als Hege gegen Deutschland angesehen wird, ist in Warschau deutsche Propaganda!

Der Militarismus von Warschau macht den Militarismus von Berlin lächerlich und umgekehrt!

Das A. A. weiß nichts.

Teils dieserhalb, teils außerdem...

Zur Vorgeschichte des Filmverbots „Im Westen nichts Neues“ ergreift nun nochmals das Auswärtige Amt das Wort. Es kann zwar nicht bestreiten, daß es bei der ordnungsgemäßen Filmprüfung ausdrücklich erklärt hat, keine Bedenken zu erheben. Die weitere Anerkennung, daß der Film Mut, Tapferkeit und Standhaftigkeit des deutschen Weltkriegsheeres darstelle, soll aber nicht vom Auswärtigen Amt, sondern von der Filmprüfstelle zur Begründung der Zulassung des Films ausgesprochen worden sein.

Auch nach dieser bisher neuesten Erklärung des Auswärtigen Amtes steht fest, daß es gegen den Film keine Bedenken gehabt hat. Diese sind ihm vielmehr erst gekommen, als die Militär-Banden gegen den Film aufgeboten wurden. Da kannte es Mut, Tapferkeit und Standhaftigkeit zeigen. Aber es zeigte diese loblichen Eigenschaften leider nicht.

Der Bundesausschuß des ADGB fordert Aufhebung.

Die in unserem Bericht bereits erwähnte Entschließung des Bundesausschusses des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes für die Aufhebung des Verbots des Films „Im Westen nichts Neues“ hat folgenden Wortlaut:

Der Bundesausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes spricht seine Empörung aus über das Verbot des Remarque-Filmes. Er protestiert entschieden gegen dieses Verbot, das von dem alten militaristischen Geist diktiert ist, keineswegs aber von dem Geist der Männer, die an der Front kämpften.

Er protestiert gegen das Wiederaufleben der Methoden des Obrigkeitstaates, die Freiheit der eigenen Urteilsbildung zu verhindern.

Demgegenüber betont der Bundesausschuß erneut den entschlossenen Willen der organisierten Arbeiterschaft zur Sicherung des Friedens und der demokratischen Volksrechte. Die Gewerkschaften fordern deshalb, daß das Verbot des Filmes aufgehoben wird.

Ein Hugenberg-Journalist.

Rumpelstilzchen exportiert Verleumdungen.

Ein Mensch, der sein eigenes Vaterland in dem Auslande durch Verleumdungen beschmutzt, gilt wohl im allgemeinen in „nationalistischen Kreisen“ nicht als einwandfrei. Aber wenn er selber zu ihnen gehört und wenn sich die Verleumdungen gegen republikanische Vertreter der Staatsgewalt richten, dann bleibt das Ganze doch ein gottgefälliges Werk!

Der bekannte Major a. D. Adolf Stein, bekannter unter seinem Pseudonym Rumpelstilzchen, veröffentlicht in der Chitagoer deutschen „Abendpost“ einen Brief aus Berlin, der u. a. folgenden Satz enthält:

Der Sozialdemokrat Orzesinski, dessen Laufbahn in einem roten Arbeiter- und Soldatenrat begann, wurde vor einem halben Jahr aus beamtenschlüssigen Gründen als Minister entlassen, ist aber trotzdem wieder Polizeipräsident geworden.

Der amerikanische Leser, der die Dinge in Deutschland nicht verfolgt, muß annehmen, Orzesinski habe sich irgend etwas Unlaubliches zuschulden kommen lassen, werde aber trotzdem wieder beschäftigt. So, muß er denken, ist eben die Sozialdemokratie, und so geht es jetzt in Deutschland zu. Der Major a. D. Stein aber reißt sich die Hände: ein schmutziges Verleumdungsstückchen ist ihm geglikt!

Aber es kommt noch besser! Der Major a. D. beklagt sich hauchflehend über die hohe Pension des Berliner Oberbürgermeisters Böhm, obwohl doch seine Partei die Schutzherrin der hohen Pensionen ist, und behauptet dabei aus dem Handgelenk heraus, daß der Disziplinarbehörde im Falle Böhm nur ein kleiner Teil des belastenden Materials vorgelegen hätte. Dann schreibt er wörtlich weiter:

Wie man so etwas heute schiebt? Das werden wir wohl nur dann erfahren, wenn einmal eine Mehrheit der Rechten im Reichstag und Landtag sich und an die große Reinigung geht.

Der Major a. D. verdächtigt also die jetzt im Amte befindlichen Behörden, etwas „geschoben“ zu haben, um einen Angeklagten im Disziplinarverfahren zu begünstigen. Er verdächtigt sie blindlings, ohne einen Schatten eines Beweises. Den Beweis will er erst erbringen, wenn seine Spiegelgesellen die Mehrheit haben. Das könnte eine schöne Reinigung werden!

Aber es kommt immer noch besser. Nachdem sich der Herr Major erst richtig hineingelogen hat, vollbringt er die erstaunlichste Leistung:

Und nun das Allernueste. Der sozialdemokratische Polizeipräsident Weiß leidet das Geschick eines Gastwirts um eine Nachtanzession ab. Der Wirt zahlt an Weiß' Bruder eine Summe von 2000 Mark — und acht Tage später hat er die Konzession.

Wiso ein sozialdemokratischer Polizeipräsident bestechlich und bestochen, denkt der Leser in Chitago. Der Herr Major Stein in Berlin aber lacht sich ins Brüstchen. Er weiß natürlich, daß Dr. Weiß kein Sozialdemokrat ist, und er weiß, daß er weder bestechlich noch bestochen ist. Aber muß das der Leser in Chitago auch wissen? Nein, ihm soll die Ueberzeugung beigebracht werden, daß Deutschland ein Pfuhl der Korruption ist — und dazu ist jedes Mittel recht!

So ist man im Hause Hugenberg um das deutsche Ansehen im Auslande besorgt.

Was aber hat das Auswärtige Amt getan und was gedenkt es noch zu tun, um Deutschland im Auslande vor einem solchen bodenlos gemeinen und schandigen Treiben zu schützen?

Mahnung im Osten

Kultusminister Grimme über Staatstreue und Vaterlandsliebe

Königsberg, 16. Dezember.

Der preussische Kultusminister Dr. Grimme hielt im hiesigen Republikanischen Klub, in dem er zu Gast war, eine Rede, in der er erklärte, daß er zum erstenmal im Osten und in Königsberg sei. Der Minister fuhr dann u. a. fort: Ostpreußen ist das Heimatland des preussischen Pflichtgefühls und der Staatstreue. In Zeiten, wo es dem Staat gut geht, ist es nicht schwer, ihm die treue zu halten. Anders dagegen in schwierigeren Zeiten, wie in der heutigen. Aber jetzt gerade ist die beste Gelegenheit, zu beweisen, was es mit der Staatstreue auf sich hat. Die in den letzten Wochen beobachtete Verwirrung der Begriffe und Gefühle ist eine Erscheinung, die man nur mit Kapsschütteln begleiten kann. Gerade hier in Königsberg, in der Stadt der reinen Vernunft und des kategorischen Imperativs, ist diese Verwirrung so weit vorgeschritten, daß man den Geist der gelassenen Heiden des Weltkrieges beschwor, um die Pflichttreue der Beamten vor der Öffentlichkeit in einem falschen Licht erscheinen zu lassen. Man sehle den Willen zum Pflichtgefühl im Dienste des Staates fälschlicherweise eben jenem Heidengeist entgegen, in dem sich nichts anderes verkörperte als die Treue gegen den Staat die

mit dem Leben bezahlt wurde. Die Tatsache, daß jene Kreise auf der einen Seite die Helden ehren, die aus Pflichtgefühl für ihr Vaterland starben, auf der anderen Seite aber die Beamten schmähen, die ihr Pflichtbewußtsein bewiesen, ist nicht auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen. Aus dieser Verwirrung der Geister hinaus leitet ein Wort, das in der Turnhalle einer ostpreussischen Schule als Wandspruch steht, ein Wort des Turnvaters Jahn: „Mein Schild führt die Farben Schwarzrotgold, und darauf steht geschrieben: Einheit, Freiheit, Vaterland.“ Wir müssen danach trachten, dieses Wort in die Wirklichkeit umzusetzen. Mein Wunsch ist, daß Königsberg und Berlin sich immer vereint fühlen mögen, daß dieses Einheitsbewußtsein uns befeele, und daß uns alle trage ein starkes Freiheitsgefühl und eine ehrliche Vaterlandsliebe.

Curtius in Ostpreußen.

Reichsaussenminister Dr. Curtius traf heute früh in Königsberg ein. Er wurde auf dem Bahnhof von Oberbürgermeister Dr. Vohmeyer, sonstigen Vertretern der Behörden und Parteifreunden empfangen.

Ein Schwindel.

Die Geschichte von den Ziehungslisten.

Landtagsabgeordneter Genosse Otto Meier sendet uns folgende Erklärung:

Die „Berliner Volks-Zeitung“ veröffentlicht am Sonntag auf der ersten Seite in großer Ausmachung einen Artikel unter der Überschrift „Was geht in der General-Lotterie-Direktion vor?“ Darin wird Bezug genommen auf eine nicht eingeführte Lotterie-Ziehungsmaschine, deren Erfinder und Konstrukteur Weber von der Preussisch-Süddeutschen Staatslotterie Verlag und Druck der Ziehungsliste übertragen wurde. Die Maschine sei wegen Unzuverlässigkeit nicht abgenommen worden, „worauf man ihn (Herrn Weber) an den Lotterie-Beirat verwies, insbesondere an dessen Vorsitzenden, den sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten Otto Meier“. Es heißt dann in dem Artikel weiter: „Dieser Lotterie-Beirat bzw. sein Vorsitzender der Abgeordnete Meier, wußten Rat: Weber bekam als Entschädigung den Verlag und Druck der Ziehungsliste — Die Herren Abgeordneten haben dieses tolle Geschäft legalisiert — warum wohl? ... Wie konnte der Lotterie-Beirat dazu seine Hand bieten? Warum hat sich der Sozialdemokrat Meier für diese Privatisierung einer bisher staatlichen Funktion mit dem angegebenen Erfolg so ins Zeug gelegt?“

Dazu erkläre ich folgendes: Herr Weber ist weder an mich persönlich noch in meiner Eigenschaft als Vorsitzender des Lotterie-Beirats verwiesen worden. Ich habe ihn nie im Leben gesehen oder gesprochen. Der Lotterie-Beirat, der Anfang August dieses Jahres seine letzte Sitzung abgehalten hat und erst Anfang Januar wieder zusammentritt, hat sich mit dieser Angelegenheit überhaupt nicht befaßt. Die in dem Artikel kritisierte Uebertragung von Druck und Verlag der Ziehungsliste an Herrn Weber erfolgte auf Anregung des Präsidenten der Staatslotterie unter Zustimmung des Staatenausschusses, in dem die Repräsentanten der an der Staatslotterie beteiligten Länder sitzen.

Eine entsprechende Berichtigung dieser absolut falschen Darstellung wird, wie mir ein Vertreter des Preussischen Finanzministeriums versicherte, noch über den Amtlichen Preussischen Presseklub erfolgen.

Eine Rückfrage bei der General-Lotterie-Direktion oder bei den zuständigen Stellen des Preussischen Finanzministeriums hätte der „Berliner Volks-Zeitung“ vor Veröffentlichung des Artikels über die Angelegenheit sofort Klarheit geschaffen. Otto Meier, M. d. L.

Kommunistisches Weihnachtsmärchen.

Die Geheimnisse mit Severina.

Die „Rote Fahne“ von heute morgen veröffentlicht eine Sensation. In fetten Schlagzeilen schreibt sie aus:

„Marmittungen des SPD-Parteivorstandes. — Seering und Orzesinski als Referenten. — Der Verlauf der Geheimnisse. — Ohnmacht gegenüber einem Nationalist. — Moskauer gegen die KPD. — die proletarische Einheitsfront zu verhindern. — Die Linken machen mit.“

Unter diesen vielversprechenden Ueberschriften folgt ein spaltenlanger Bericht über die „Geheimnisse“.

Weber haben derartige Sitzungen stattgefunden nach haben Seering und Orzesinski daran teilgenommen. Genosse Seering hat seit 1 1/2 Jahren nicht mehr an einer Parteivorstandssitzung teilgenommen, und das, was ihn die „Rote Fahne“ sagen läßt, ist genau das Gegenteil von dem, was er denkt.

Die Sensation ist von A bis Z aus den Fingern geflogen.

Der Bolle-Streit beendet.

Die Arbeit wird alsbald wieder aufgenommen.

Die Behörde der Meierei Bolle hat heute vormittag über den neuen Schiedspruch des Schlichtungsausschusses geheim abgestimmt. Der Schiedspruch sieht, wie im „Vormärts“ bereits mitgeteilt wurde, einen Abbau der Löhne ab 18. Januar in den verschiedenen Gruppen um 1 Mark bis 1,50 Mark je Woche vor, das sind etwa 2 bis 3 Prozent.

Der erste Schiedspruch des Schlichtungsausschusses, dem vom Schlichter die Verbindlichkeitsklärung verlagert wurde, brachte einen Lohnabbau um 3 bis 6 Prozent, und zwar bereits ab 3. Januar. Das neue Lohnabkommen soll bis zum 31. März 1931 gelten. Für den Fall, daß während seiner Laufdauer die Reichsindexziffer der Lebenshaltungskosten auf oder unter 140 Punkte sinkt, soll eine weitere Senkung der Löhne um 1 Mark je Woche eintreten.

Die Abstimmung hat nicht die statutarisch notwendige Dreiermehrheit für die Fortführung des Streiks ergeben, so daß der Schiedspruch als von den Arbeitern angenommen gilt. Die Betriebsleitung verhandelt mit der Direktion über die Wiederaufnahme der Arbeit, die voraussichtlich noch in der Nacht vom Dienstag zum Mittwoch erfolgen wird.

Die Weihnachtsruhe.

Wahrscheinlich wie 1929. — Ein Versehen des Reichstags.

In der vorigen Woche hat der Reichstag das Gesetz über den früheren Schluß der Läden und Gaststätten am Weihnachtsabend beschlossen. Nun stellt sich heraus, daß dieses Gesetz nicht den Zeitpunkt seines Inkrafttretens enthält, somit nach der allgemeinen Vorschrift vierzehn Tage nach seiner Verkündung in Kraft tritt. Außerdem bedürfen nach dem Brauch, der sich eingebürgert hat, Initiationsgesetze, d. h. solche, die nicht von der Regierung beantragt, sondern aus dem Reichstag selbst hervorgegangen sind, ihrer Kenntnisnahme durch den Reichsrat, der das Recht des Einspruchs hat. Auf jeden Fall kann das Gesetz erst einige Zeit nach Weihnachten 1930 in Kraft treten, also auf das bevorstehende Fest noch nicht Anwendung finden!

Heute vormittag besprach eine Konferenz im Preussischen Handelsministerium diese Angelegenheit, deren Entscheidung heute nachmittag durch das Preussische Staatsministerium erfolgen dürfte. Es wird wahrscheinlich bei der vorjährigen Regelung bleiben, daß Ladengeschäfte um 17 Uhr, Blumen- und Lebensmittelgeschäfte um 18 Uhr schließen müssen. Dagegen dürfte ein früherer Schluß der Gaststätten, obgleich der Reichstag ihn nach heftiger Debatte beschlossen hat, nicht eintreten.

Not treibt zum Tod.

Die Frau erschoss sich selbst erhängt.

Die schreckliche Not der Zeit, die Arbeitslosigkeit, der Mangel an Notwendigkeiten, haben wieder zwei Menschen zum Neuherrn getrieben.

Im Hause Lauenburger Str. 16 in Stettin wohnt der 47 Jahre alte Chemigraph Rudolf Rauch mit seiner 27 Jahre alten Frau Magdalene. Beide stammen aus München und kamen im Jahre 1926 nach Berlin. Der Mann verdiente gut in seinem Beruf. Das änderte sich aber, als er vor einem halben Jahre arbeitslos wurde. Das Ehepaar suchte und fand einen Untermieter. Die wachsenden Geldschwierigkeiten führten dazu, daß das gute Einkommen der Eheleute mehr und mehr zugrunde ging, und auch der Untermieter war oft Zeuge heftiger Auseinandersetzungen. Als er in der vergangenen Nacht gegen 12 Uhr nach Hause kam, fiel ihm auf, daß es ungewöhnlich still in der Wohnung war. Er fand aber auf dem Tisch in seinem Zimmer mehrere Briefe seiner Eheleute, die ihn darüber aufklärten, daß sich eine Trauöde in seiner Abwesenheit zugetragen habe. Der Inhalt der Schreiben veranlaßte den Mann zum Polizeirevier zu gehen und Kriminalbeamte des Polizeiamts Stettin und ein rasch herbeigeholter Arzt lehrten mit ihm in die Wohnung zurück. Dort fand man die schlimmsten Befürchtungen bestätigt. Frau Rauch lag erschossen in ihrem Bett. Der Mann hatte sich an einer Heizungsrohre in der Toilette erhängt. Der Tod hatte bereits seine Oster gefordert, so daß ärztliche Wiederbelebungsversuche erfolglos blieben.

Der Parteikrieg.

Prügel — Revolvergeschüsse — Massenverhaftungen.

In Hülfs bei Kreisfeld schlugen sich Nationalsozialisten und Kommunisten in einer Versammlung und danach mit der Polizei. Es gab vier Verletzte.

In Bohwinkel verfehlte der Kommunist Ockl einen Nationalsozialisten durch Revolvergeschüsse schwer.

In Frankfurt am Main versuchten die Nationalsozialisten trotz polizeilichen Verbots eine Versammlung und eine Straßendemonstration abzuhalten. Es wurden 51 Personen verhaftet.

Ueberfälle auf Reichsbanner.

Nach Schluß der gestrigen Reichsbannerkundgebungen wurden in verschiedenen Stadtteilen kleinere Reichsbannergruppen von radikalen Gegnern überfallen.

Kurz vor Mitternacht fielen etwa 35 bis 40 Kommunisten über 20 Reichsbannerleute, die sich auf dem Heimweg befanden, her. Zwei Reichsbannerleute wurden so erheblich verletzt, daß sie zur Rettung ins Krankenhaus gebracht werden mußten. Von der Polizei konnten 17 Kommunisten festgenommen und der Politischen Polizei übergeben werden. Ein weiterer Ueberfall ereignete sich um dieselbe Zeit in der Böhmestraße. — Auf die Schaulager eines Reichsbanner-Verkehrslokals hatten es Nationalsozialisten in der Allensteiner Straße 23 abgesehen. Auch in diesem Fall gelang es den Tätern zu entkommen.

Kaviblätter verboten. Die beiden nationalsozialistischen Blätter „Das Frankfurter Volksblatt“ und die in Wiesbaden erscheinende „Rheinwacht“, die erst kürzlich nach einem vierwöchigen Verbot wieder erschienen sind, sind durch den Oberpräsidenten der Provinz Hessen-Nassau wegen Verstößen gegen § 5 Abs. 1 des Reichsdruckgesetzes mit Wirkung vom 15. d. M. ab neuerdings auf die Dauer von 4 Wochen verboten worden.

Bölsche — der Volkserzieher

Ausgewählte Werke

Vor wenigen Wochen erschienen im Verlag E. Huberlandt (Leipzig) sechs Bände der ausgewählten Werke Wilhelm Bölsches in formvollendeter Ausstattung. Der rühmlich bekannte Professor Steiner-Prag, führender Graphiker an der Leipziger Kunstakademie, die Professoren Willi Geiger und Alois Kolb, der Maler Fritz Franke haben ihre hohe Kunst ganz in den Dienst der Oberwelt W. Bölsches gestellt. Die photographischen Illustrationen sind eine Art tiefempfundene Begleitmusik zu dem naturwissenschaftlichen und geistesgeschichtlichen Text Bölsches. Wenn zum Beispiel Bölsche das Thema „Friedrichshagen in der Literatur“ behandelt, dann erklingen das Motiv der märkischen Landschaft und das Motiv „Berthart Hauptmann“.

Die sechs Bände Bölsches — Die Eroberung des Menschen; Der singende Baum; Aus der Schmelzgrube; Weltbild; Aus dem Menschenstern; Schöpfungstage; Aus den Urlagen der Tierwelt — vertiefen und befeuern die Natur, die in ihrer erhabenen Urkraft und ihrer vollendeten Schönheit in wahren Dichternworten zur Darstellung gebracht wird.

Als mir die eigenartige Größe der vergeistigten Naturschauung Bölsches aufging, da mußte ich unmittelbar an die temperamentvolle Aufsehung Goethes gegen das „Systeme de la nature“ Holbachs denken. Goethe wollte die unendlich schaffende Natur mit ihren Sonnen und Planeten, mit ihren Bergen, Tälern, Flüssen und Meeren lebendig erfassen; er sah den denkenden und

pflegte Zerpaltung der Welt in eine Welt der Forschung und in eine Welt der Dichtung mußte im Interesse der Volkserziehung streng vermieden werden. Für den einseitigen Naturforscher war der erhabene Parnass der Dichtung oft nur eine gefährliche Wertstätte irreführender, krankhafter Halluzinationen. Und da Bölsche zu dem Volke mit der ganzen packenden Anschaulichkeit eines Dichters sprach, wurde er auch vom Volke verstanden. Und sein tiefes Verständnis für die Seele des Volkes befähigte ihn, seine glänzenden naturwissenschaftlichen und philosophischen Essays zu schreiben, die jetzt in so schönem Gewande vor uns liegen. In höchster Erfassung des großen Populäratorberufs hat Bölsche dem großen Gelehrten und dem noch größeren Universalgenies Alexander von Humboldt nachgestrebt, der ein Volkspädagoge großen Stils war, und der im Jahre 1827 seine Vorträge über die vergleichende Naturbetrachtung „vor König und Raurer“ hielt. Als der Rechtsgedehnte von Savigny es direkt für unwürdig und nutzlos erklärte, wissenschaftliche Reden an die Menge der Uneingeweihten zu halten, prägte Humboldt das Wort: „Mit dem Wissen kommt das Denken, und mit dem Denken die Kraft und der Ernst in die Menge.“

Wenn wir jetzt in den vor uns liegenden ausgewählten Bänden das kunstbeseelte wissenschaftliche Schaffen Bölsches wenigstens zum Teil überblicken können, so sehen wir, wie tatkräftig und weitsichtig sich Bölsche bemüht hat, das Volk innig und lebenswarm mit der allgemeinen Kulturbewegung zu verknüpfen. Das Popularisieren der Wissenschaft betrachtete er nach seiner eigenen Definition nicht als einfaches Wiedergeben, sondern als ein „künstlerisches Nachschaffen“ wissenschaftlicher Theorien und Tatsachen.

Bölsche will die Welt nicht einfach beschreiben, sondern er will sie im Geiste eines höheren künstlerischen und sittlichen Seins verändern. Er ist schaffender, gestaltender Forscher. Das ideale Wunschbild, das vor seiner Seele steht, soll Wirklichkeit werden. Er charakterisiert seine eigene künstlerisch verteilte Schöpferfähigkeit, wenn er einmal sagt: „Der Naturforscher ringt danach, den Wellenlauf in Sinfonien umzusehen.“ Paul Kampffmeyer.

Die Zierde der Nation



Hugenberg: „Und wenn mir jede Bank bricht, ich sitz fest trotz alledem“

denkenden Menschen innig mit der gestaltenden Welt verknüpft; und da hat ihm Holbach als Natur eine entseelte Materie, die „mit ihren Bewegungen rechts und links und nach allen Seiten ohne weiteres die unendlichen Phänomene des Daseins hervorbringen“ sollte. Das ganze „Systeme de la nature“ kam dem jungen Goethe und seinen Freunden „so cimmericht, so totenthaft“ vor, daß sie vor ihm „wie vor einem Gespenst“ schauderten.

Wir jungen Sozialdemokraten waren in den achtziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts noch vielfach durch die Schule des Epithetphilosophen Ludwig Büchner, des Verfassers von „Kraft und Stoff“, gegangen, der nicht über die Encyclopädisten des 18. Jahrhunderts hinausgekommen, sondern hinter ihnen oft zurückgeblieben war. Marx und Engels lehrten uns dann die Geschichte der Menschheit nicht mehr als „ein müßiges Gewirr sinnloser Gewalttätigkeiten“, sondern „als den Entwicklungsprozeß der Menschheit“ selbst betrachtet, „dessen allmählichen Suijengang und dessen innere Gesetzmäßigkeit durch alle Zufälligkeiten hindurch nachzuweisen, jetzt die Aufgabe des Denkens wurde“ (Engels). In dieser Zeit des inneren Ringens mit einer mechanisch-materialistischen Auffassung öffnete Bölsche unser Auge für den tiefen organischen Zusammenhang des Menschen mit der Natur. Was an geistiger Schöpferkraft im Menschen lebendig wurde, konnte bei der innigen Verbundenheit des Menschen mit der gesamten Welt der sogenannten „Natur“ nicht fremd sein. Geist und Seele wirkten sich schon in der Natur aus.

Bölsche gehörte zu der kleinen, leicht zählbaren Schar von aufrechten Männern, die im letzten Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts starke Sympathien für die aufsteigende Sonne des demokratischen Sozialismus gezeigt hatte. Bölsche sprach viel in Berliner Arbeitervereinen und in der freien Gemeinde Berlins über naturwissenschaftlich-philosophische Fragen.

Ueber seine Beharrlichkeit in Berliner Vereinen, die Bölsche zu einem wirklichen, vorbildlichen Volkserzieher fortbildete, schreibt dieser in seinem Aufsatz „Friedrichshagen in der Literatur“ (Band V: Aus dem Menschenstern): „An mir erwachte wieder einmal intensiver der Wunsch nach volkstümlicher Verbreitung der großen naturwissenschaftlichen Erzeugnisse unserer Zeit; sah ich doch in theoretischen Momenten in diesen größten Weltanschauungsereignissen immer wieder einen Wurzelpunkt auch der ganzen neuen ästhetischen Bewegung. Ich ergriff also die sich bietende einzigartige Gelegenheit und zog auch so etwas von Verein zu Verein und predigte Darwinismus, mir selber zugleich einen Grund legend in der Methode schlichtester volkstümlicher Behandlung solcher Dinge überhaupt.“

Bölsche lebte sich durch einen jahrelangen Verkehr mit den Arbeitern Berlins völlig in die proletarische Seele ein. Er kamte genau den Vorstellungskreis dieser Arbeiter, ihre geistigen und seelischen Kräfte, ihr Suchen nach einer gefestigten Weltanschauung. Als Mitbegründer der Berliner Volksbühne, als literarisches Ausschussmitglied dieser Bühne wirkte er auch, wie heiß sich diese Berliner Arbeiter auch nach einem gehobenen, idealen Kunstgenusse sehnten. Wissenschaftliche und künstlerische Belehrung mußten dem Arbeiter möglichst in einer anschaulichen, dichterisch-paraphrasierten Form gereicht werden. Gerade die von engen Gelehrern ge-

„Boyfott.“ Ein Primanerfilm.

Der Tonfilm ist also doch noch zu anderen Dingen brauchbar als zu Operetten und anderen Vergnügungen von anno dazumal. In dem neuen Robert-Land-Film, der in einer Vorführung im Capitol Montagabend gezeigt wurde, wird ein ernsthaftes Problem aufgegriffen. Im Anschluß an die Novelle von Arnold Wieg werden die seelischen Kämpfe höherer Schüler um den Begriff der Ehre eindringlich gestaltet. Der Sohn des Generaldirektors Haller wird von seiner Klasse boykottiert, weil sein großzügiger Vater in eine Schieberaffäre verwickelt ist. Der Lehrer, diesmal ein sympathischer, greift ein und erörtert mit seinen Schülern den Fall. Jeder hat nur für seine eigene Ehre einzustehen, und als ein anderer Schüler aufsteht und sagt, er würde sich in einem solchen Fall das Leben nehmen, predigt der Lehrer die Heiligkeit des Lebens. Als der Vater des anderen Schülers auch in die Affäre verwickelt wird, begeht dieser wirklich Selbstmord, und es besteht auch die Gefahr, daß der junge Haller der Suggestion erliegt. Aber er kämpft sich durch, und als er den Weg zu seinem Vater und zur Klasse zurückgefunden hat, wird er dort mit offenen Armen empfangen. Für die ganze Klasse ist der Vorfall eine nachhaltige Lehre gewesen.

Neben dem Konflikt zwischen dem einzelnen und der Klasse, neben dem Problem Lehrer und Klasse, wird auch das Verhältnis des erwachsenen Sohnes zur Familie behandelt. Freilich handelt es sich auch im letzteren Fall um ganz spezielle Schichten einer angestrebten Großbürgerklasse. Die Ehe des Generaldirektors ist genau so eine Gründung wie seine Geschäfte. Die schöne Frau — nur eine Episodenrolle für Lil Dagover — geht mit ihrem Geliebten durch, und der Sohn findet zu Hause keine Ruhe. Der Ehrenkonflikt ist ein rein individualistischer, und auch der mit seinen Schülern wirklich mitempfindende Lehrer, eine ausgezeichnete Leistung von Theodor Loos, zeigt nicht den Weg zu der Sozialmoral der Solidarität und der Verantwortung gegenüber dem Ganzen. Trotzdem ist es zu begrüßen, daß der Tonfilm einmal ernstler wird. Robert Land wird sowohl dem Filmischen wie der Dialogführung gerecht, verläßt aber in den Fehler, im Mittel wieder eine eigene Filmwelt zu bauen, die ziemlich unwirklich ist. Unter den Darstellern findet er markante Helfer in Ernst Stahl-Rachow (Generaldirektor), Erich Münzberger (der Selbstmörder), Wolfgang Zilzer (ein anderer Primaner) und Harni Evans. Rolf v. Goth gibt dem Primaner Haller einnehmende Gestalt und Wesen, bleibt aber innerlich leer.

„Eine Freundin... Wie du!“ Mozart-Saal.

Man schreibt für und um Anny Ondra ein paar lustige Szenen und nennt das ganze Tonfilmgroteske. In ihr führt Anny als solches Mädel von heute im selbstgebastelten Auto um die Welt, hält aber prompt an, als sie den Mann trifft, der ihr gefällt. Daß dieser Mann gerade mit seiner Eheverbindung beschäftigt ist, Anny ein Raninchen und seine Erbtante einen Papagei hat, sind die Tatsachen, aus denen die komischen Situationen erwachsen.

Dem Regisseur Karl Lamac wird kein Mensch gute Einfälle bestreiten. Doch erreicht er in den Tonfilmen nie die Höhe seiner stummen Filme. In ihnen hatte er immer Tempo, war er sehr lustig und verstand es ausgezeichnet (oft genau so gut wie Chaplin), von der Lücke des Objekts in Bildern zu plaudern. Mit den Mitteln des Tonfilms aber schafft Lamac, trotz seiner Begabung, nichts Neues. Im Gegenteil, für ihn sind die Schlagler und die Dialoge ein Ballast, die er möglichst unauffällig zwischen seine Bilderreihen verstauben möchte.

Anny Ondra ist nett wie stets, sie spielt sich selbst, entzückt durch ihre Dralligkeit, ihre schöne Figur und ihre Tanzkunst und genügt damit den Anforderungen, die man an sie stellen kann. Felix Bressart, Siegfried Arno und Adele Sandrock haben ihre üblichen Paraderollen. Das Publikum lacht, und es pläffert alles schon leicht im Vorhergehenden, wie es die Regis und die Filmoberprüfungsstelle gütlich erlauben. e. l.

Der Leiter der Kassen-Expedition, Urel, Samokawitsch, bricht in der Deutschen Gesellschaft zum Studium Dorotheas Mittwoch, 8 Uhr, Gasthauer Straße 120, über die mit dem Götterdämon „Edom“ durchgeführten artistischen Expeditionen. Karten zum freien Eintritt in der Geschäftsstelle, Potsdamer Straße 26b.

Musik-Quiz. Der am 13. Dezember vom Philharmonischen Chor unter Leitung von Otto Stempeter stattfindenden Aufführung des Requiem von Verdi geht am 17. Dez., 7 1/2 Uhr, eine öffentliche Generalprobe voraus.

Staatsrat und Staatsetat.

Sein Gutachten fordert Rücksicht auf die Gemeinden.

Der preussische Staatsrat hat nach ausführlichen Ausschussberatungen den preussischen Haushalt für 1931 erledigt.

Der Etat für Preußen schließt in Einnahmen und Ausgaben mit rund 4 Milliarden Mark ab und ist um 384 264 110 M gegenüber 1930 gekürzt worden. Es ist gewiß anerkennenswert und erfreulich, daß das größte deutsche Land eine fortreiche Haushaltswirtschaft treibt. Man muß aber auch kritisch auf die Tatsache verweisen, daß der sachlich sehr gewandte preussische Finanzminister bei seinem Bemühen, zu sparen und den Etat zu balancieren, zu wenig die Wirkungen der von ihm zum Teil etwas gewaltsam getroffenen Maßnahmen auf die Gemeinden, die Zellen des staatlichen Aufbaus, berücksichtigt.

Diese Gedanken kommen auch in dem Gutachten zum Ausdruck, welches der preussische Staatsrat in seiner diesjährigen Schlussfassung abgegeben hat. Der preussische Staatsrat ist nach der Verfassung nur ein Gutachter und nicht eine endgültig beschließende (gesetzgebende) parlamentarische Körperschaft.

In diesem Gutachten heißt es u. a.:

„... Die Reichsgesetzgebung muß jährlich wenigstens so rechtzeitig beendet sein, daß die Verabschiedung der erforderlichen Landesgesetze und die Aufstellung der Haushalte in Land, Gemeinden und Gemeindeverbänden nach den gesetzlichen Vorschriften fristgemäß durchgeführt werden kann.“

Die Haushalts- und Kassenjahrverträge der Gemeinden und Gemeindeverbände sind zu einem Massennotstand geworden. Es wäre ungerecht, die durch das nationale Unglück der Arbeitslosigkeit schwer getroffenen Gemeinden und Gemeindeverbände sich selbst zu überlassen. Hier bedarf es einer durchgreifenden Hilfe der Reichs- und Staatsregierungen auf der einen Seite und der durch die Gemeinden und Gemeindeverbände, auf denen sie selbst beruhen, zu sichern. Sollte gar keine Möglichkeit bestehen, die erforderlichen Mittel aus laufenden Mitteln bereitzustellen, so wird die Staatsregierung mittelbar oder unmittelbar Anleihenmittel für die Gemeinden beschaffen müssen, da gerade den am schwersten betroffenen Gemeinden die eigene Ausnahme von Darlehen oder Anleihen nicht möglich sein wird.“

Die Lage der Gemeinden erfordert Sofortmaßnahmen und Dauermaßnahmen. Für die Sofortmaßnahmen gibt es zwei Möglichkeiten: entweder müssen den Gemeinden und Gemeindeverbänden die ihnen als Fürsorgenerbände obliegenden Ausgaben abgenommen oder ihnen die Mittel zur Aufrechterhaltung der Unterstützungszahlungen gestellt werden. Reichs- und Staatsregierungen haben gemeinsam die Mittel zu finden, um das Leben der Gemeinden und Gemeindeverbände, auf denen sie selbst beruhen, zu sichern. Sollte gar keine Möglichkeit bestehen, die erforderlichen Mittel aus laufenden Mitteln bereitzustellen, so wird die Staatsregierung mittelbar oder unmittelbar Anleihenmittel für die Gemeinden beschaffen müssen, da gerade den am schwersten betroffenen Gemeinden die eigene Ausnahme von Darlehen oder Anleihen nicht möglich sein wird.“

Der sozialdemokratische Stadtrat im Staatsrat, Landeshauptmann Dr. Caspari (Schneidemühl), legte wirtungsvoll die besonderen Voraussetzungen für die gegenwärtige allgemeine Wirtschaftskrise, diese Hauptursache der Finanznot von Staat und Gemeinden, klar. Er hob hervor, daß die aus dem Produktionsprozeß ausgehaltenen mit Recht vor allem „Arbeit“ fordern. Er verlangte Auskunft über den Stand der Vorbereitungen zur Aufstellung und Durchführung des in der Presse angeforderten Arbeitsbeschaffungsprogramms der Regierung. Vom sozialdemokratischen Redner wurde auch eingehend die Lage der Landwirtschaft behandelt auf der Grundlage folgenden sozialdemokratischen Antrages:

„An die Stelle der Getreidemonopol tritt ein Reichsmonopol für Ein- und Ausfuhr von Getreide und Mühlenprodukten. Zweck des Monopols ist die Erzielung eines gleichmäßigen angemessenen Preises für den Erzeuger, ohne dem Verbraucher unnötige Lasten aufzuerlegen.“

Rechte und Zentrum lehnten diesen Antrag ab.

Der Redner der Rechten, auf der Deutschnationalen und Volkspartei im Staatsrat zu einer einheitlichen Fraktion zusammengeschlossen sind, der Exzeptionärer Freier von Wopl, machte nach anfänglich einigermaßen sachlichen Darlegungen seinem bedrängten Preußenberger Lust, indem er unter dem Entstützungsturm der Sozialdemokraten und des Zentrums — die Schuld für alle wirtschaftlichen und politischen Zuspitzungen der Nachkriegszeit den neuen Nachhabern und den hinter diesen stehenden Parteien zuschob.

Der Preußenetat 1931 geht mit dem Gutachten des Staatsrats an den Preussischen Landtag.

Mißbrauch des Namens. Rechtsanwalt Dr. Siegfried Weinberg schreibt uns: In den Berliner Anschlagskäulen befindet sich der Aufzug eines angeblichen „Bundes entschiedener Justizreformer“, der auch meine Unterschrift trägt. Mir sind sowohl dieser Bund wie seine veröffentlichten Verläufe völlig unbekannt. Es handelt sich um einen Mißbrauch meines Namens.

Wetter für Berlin: Größtenteils trübe mit weiter sinkenden Temperaturen und einzelnen leichten Schneefällen, östliche Winde. — Für Deutschland: Im Osten weitere Verschärfung des Frostes und noch vielfach etwas Schnee. Auch im Westen unter Null sinkende Temperaturen.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

- 1. Abt. Sitzung! Die Mitgliederversammlung am Mittwoch, dem 17. Dezember, findet nicht wie ursprünglich angedeutet, im Weinmüller Gesellschaftsraum, sondern im Lokal Schwedter Str. 23 statt.
- 2. Abt. Realien. Denz, Dienstag, 10 1/2 Uhr, im Lokal Berliner Str. 21. Saal 1. Aufkommenfund der Junggen. Section des Genossen Dr. Franzel über: „Wahlrechtreform“.



Dienstag, 16. Dezember. Berlin.

- 16.05 Paul Westheim. Die Welt ohne Kunst.
- 16.30 I. Boeckherl: Quartett G-Moll, op. 37, Nr. 2. 2. Schneiderhan: Quartett A-Dur, Nr. 3. 3. Dvorak: Quartett Es-Dur, op. 51 (Schneiderrhan-Quartett).
- 17.30 Puppenstücke des Volksbühnen-Vereins Berlin.
- 18.30 Tanz-Tee-Musik.
- 19.00 Kurze Bühnenszene „Zeitmäne“. Am Mikrophon: Hans Sockaczewer.
- 19.10 Joseph Delmont: 20 Jahre Großüberlang.
- 20.00 Festkonzert zum 60. Geburtstag des Obermusikmeisters Adolf Becker.
- 21.00 Tagesschau und Sport.
- 21.15 „Die Jobsiede“ von Dr. Karl Arnold Kortum. Für den Funk bearbeitet von Robert Seitz. Musik von Wolfgang Jacobi. Dirigent: E. Hindemith. Regie: C. Bronsgeest.
- 22.15 Dr. Rauscher: Politische Zeitungszeichen. Anschließend Wetter-, Tages- und Sportnachrichten.
- Königs-Wusterhausen.
- 16.00 Oberschulrat Dr. Fischer: Bildungsziel der Volksschule.
- 16.30 Leipzig: Konzert.
- 17.30 Dr. Fred Hamel: Chor-Motette und Sologesang.
- 18.00 Franz Herwig: Bühnenszene.
- 18.30 Th. Kappstein: Die Erscheinung Christi in der Gegenwart.
- 19.00 Französisch für Anfänger.
- 19.30 Prof. Nötting, M. J. L. und Abgeordneter Feder: Sozialismus und Nationalsozialismus.
- 20.00 Breslau: Ursendung: Eddy, Willy und die Fee.

Reich, Länder, Justiz

Programmmatische Betrachtungen über den Einheitsstaat

Auf einer süddeutschen Landtagung der Vereinigung sozialdemokratischer Juristen sprach kürzlich Dr. Siegfried Rosenfeld, Ministerialdirigent im preussischen Justizministerium, über die „Länderjustizreform“. Er führte aus:

Das Verhältnis von Reich, Ländern und Volk ist kein gesundes und bedarf der Verbesserung. In der Gesetzgebung kämpfen die Gegensätze der Interessen, und die Stärkung der politischen Partei ist entscheidend für den Ausgang. Die starke Eigenstaatlichkeit der Länder ist in Deutschland hemmend. Diese lokalen Widerstände sind stärker gewesen als alle Kräfte und der Wille nach der Reform der Justizverwaltung. In den Länderparlamenten rührt der Schwerpunkt gegen die Verwaltungsreform; die Reform muß daher vom Reich ausgehen. Das sozialdemokratische Programm hat längst die Forderung der Übertragung der Justiz von den partikularen Epochen auf das Reich erhoben; die Weimarer Verfassung hat die Gesetzgebung zur Reichssache gemacht. Nur in der einheitlichen Zusammenfassung aller Kräfte kann die große Aufgabe erfüllt werden, die historischen Zustände der heute noch bestehenden 17 Länder in der Justizverwaltung auf das Reich zu übertragen.

Das Ziel des Einheitsstaates ergibt das Ziel der Übertragung der Justizverwaltung auf das Reich.

In der Reichsverfassung (Art. 103) sind die Gerichte als Gerichte der Länder bezeichnet, aber doch sind den Ländern wichtige Teile der staatlichen Hoheitsrechte gelassen (Kirche, Schule, zum Teil Finanzhoheit, Polizei und Justizhoheit). 1922 erhob der republikanische Richterbund die Forderung nach der Übertragung der Justizverwaltung auf das Reich. Danach hat die Wirtschaft aus finanziellen Gründen und Rationalisierungsbestrebungen heraus die Unzumutbarkeit der 18 verschiedenen Justizhoheiten herausgestellt und die Übertragung auf das Reich erzwungen. 1928 hat der Deutsche Juristentag die Frage der Übertragung der Justizhoheit auf das Reich behandelt; die Sozialisten haben soziale Gesichtspunkte dafür in die Waagswaale geworfen. Bayern machte Schwierigkeiten bei Schaffung des Staatsgerichtshofes zum Schutze der Republik. 1926 siegte der Länderpartikularismus, und auf Betreiben Bayerns wurde die Tätigkeit des Staatsgerichtshofes hinsichtlich des Republiksschutzgesetzes beschränkt. Auch die Amnestiegesetze, die im Reichstag geschaffen sind, haben die Zulässigkeit des Zugriffs des Reiches in die Justiz in die Debatte geworfen. Der entscheidende Kampfboden zur Erreichung der Ziele ist der politische. Der Zustand der Justizhoheit der Länder ist geschichtlich geworden, aber es darf nicht übersehen werden, daß ungeheure wirtschaftliche und soziale Veränderungen in den letzten Jahrzehnten vor sich gegangen sind: Übergang Deutschlands vom Agrarstaat zum Industriestaat, das enorme Wachstum und die wirtschaftliche und soziale Bedeutung der Arbeiterklasse. Sie ist die Bevölkerungsklasse, die am wenigsten bedenkenlos ist und als solche schmerzhaft sieht, was die Länderpartikularität und Eigenstaatlichkeit bedeutet. Jeder Staatsbürger oder Arbeiter untersteht in Württemberg, in Baden usw. der jeweiligen und örtlichen Justizhoheit, wohnt ihm das Gefühl gerade wie. So trägt die einheitliche Gesetzgebung die Konsequenz der einheitlichen Anwendung der Gesetze durch die Gerichte in sich, und so verlangt die Gerechtigkeit den Übergang der Justizhoheit auf das Reich.

Die Schaffung der Arbeitsgerichte 1927 zeigte in der Folge, wie die Länderjustiz in der Lage ist, den Sinn eines Gesetzes in das Gegenteil zu verkehren.

Man sieht in manchen Ländern eine so große Zahl in Bayern fast so viel wie in Preußen) von Arbeitsgerichten, daß der wirkliche Gedanke des Gesetzes nicht mehr zur Geltung kam. Die Arbeitsgerichte sollten geeignete Richter schaffen, von denen man erwartete, daß sie den besonderen Interessen der Arbeiterschaft im Kampf um ihr Recht genügen konnten.

Das Schwergewicht der Länderjustiz liegt bei den Amtsgerichten, wo die Masse der Bevölkerung ihr Recht zu suchen hat. In Preußen sind unter 1000 Amtsgerichten 50 Proz. nur mit einem Richter besetzt, in Süddeutschland ist die Zahl noch größer. 1913 schon wurde festgestellt, daß viele Amtsgerichte ein großes Maß von Unterbeschäftigung aufweisen. Diese Zwerggerichte sind unwirtschaftlich und gefährden den Gedanken einer gesunden und vollständigen Rechtspflege und Rechtseinheit. Hinzu kommt die Mannigfaltigkeit unserer Gesetzgebung, die den Rechtsfindenden bei den Zwerggerichten nahezu unmöglich zu seinem Recht kommen läßt. Die Ansprüche auf technische Hilfsmittel, die zur Anwendung des Rechtes notwendig sind, sind schon rein finanziell nicht zu erfüllen; der Richter an einem solchen Hilfsgericht kann beim besten Willen nicht seiner Aufgabe gerecht werden. Seelisch und oftmals geistig sind die Richter an den Zwerggerichten hilflos.

In den Länderparlamenten fehlt die Einsicht für die Notwendigkeiten des Ausgleichs zwischen über- und unterbeschäftigten Amtsgerichten; daran ist bisher die Reform gescheitert. Das Reich will den Versuch heute wiederholen; vielleicht wird der Reichstag bessere Einsicht zeigen.

Auch die Personalverhältnisse der Richter und Justizverwaltung erfordern die volle Übertragung der Justizhoheit auf das Reich. Die Besoldung der Richter in den 17 Ländern ist verschieden. Jeder Beamte glaubt sich schlechter behandelt als der Beamte in gleicher Stellung im Nachbarstaat. Mit der Übertragung richterlicher Tätigkeit auf mittlere Beamte hat man mit geringen Ergebnissen versucht, Richter in ihren Kräften frei zu machen.

Je kleiner ein Land ist, um so ungünstiger ist es wirtschaftlich gestellt mit den Ausgaben für Beamte, besonders für die Justizbeamten.

In Preußen sind die Ausgaben 16 Proz., Bayern 31 Proz., Württemberg 44 Proz. (1), Sachsen 56 Proz., Thüringen 46 Proz. In Frankreich betragen sie 18 Proz., in England 14 Proz., Belgien 23 Proz. Je kleiner das Land ist, um so eher wird die persönliche Rücksicht in der Personalpolitik eine überwältigende und zweifelhafte Rolle spielen. In großen Land stehen die große Zahl der Bewerber und die Prüfung der besonderen

Geeignetheit eher im Vordergrund als im kleinen Land. Aus der Bondständigkeit des Richters erwächst manchmal mehr Schaden als Vorteil. Je größer eine Justizverwaltung ist, um so eher kann sie Forderungen erfüllen, die an die Rechtspflege gestellt werden müssen. Richterliche Bewandtheit mit der Kleinstadt ist keine Garantie tüchtiger Leistung; aus ihr entsteht vielfach die Weltfremdheit der Richter. Alle Erfahrung weist darauf hin, daß ein Richter seiner Aufgabe gewachsen ist, wenn er über einen großen Kreis hinaussteht und Erfahrungen in verschiedenen landwirtschaftlichen Gebieten gesammelt hat. So führen die Gesichtspunkte auch hier zu dem Ergebnis der Notwendigkeit der Vereinfachung der Justiz.

In den verschiedenen Ländern haben wir jeweils verschiedene Dienststrafrechte. Die Altersgrenze für Richter ist in den 17 Ländern verschieden: Preußen 65, Hamburg 70, Württemberg 67, in anderen 68 Jahre, eine sonderbare Buntschmelze! Die Folge davon ist, genau wie bei der Besoldungsregelung, Kampf, Mißstimmung und Unzufriedenheit. Bei den Laiengerichten muß die breite Masse der Arbeiter und Angestellten mehr berücksichtigt werden; Preußen steht darin Süddeutschland voran. Hier zeigt sich der enge Zusammenhang zwischen Justizverwaltungsreform und Politik. Je nach dem Einfluß der Arbeiterklasse zeigen sich hier große Verschiedenheiten. Im Oberlandesgericht Hamm waren 41 bis 48 Proz. Arbeiter unter den Schöffen.

Der bedeutsamste Unterschied der Länderjustizverwaltung liegt

auf dem Gebiet der Begnadigung. Das Staatsministerium ist in den Ländern die Begnadigungsinstanz. In Preußen hat der Zentralminister Am Jahnhoff mit Unterstützung der SPD. besondere Richter (Gnadensbeauftragte) bei jedem Landgericht geschaffen, die sich ausschließlich mit der Begnadigung zu befassen haben.

Bedeutung ist hier vor allem die Strafaussetzung mit Bewährungsfrist.

1928 gab es 33000 bedingte Strafaussetzungen; in 23 bis 24 Proz. der Fälle mußte nur ein Widerruf erfolgen. 75 Proz. der Fälle waren erfolgreich und bewiesen die Richtigkeit der Maßnahmen. Die Befugnis der Gerichte geht in Preußen so weit, Gefängnisstrafen in unbegrenzter Höhe aussetzen. (Preußen hatte 1914 45000 Gefängnisinsassen, 1929 28000!) Die Hälfte der kleinen Gefängnisse konnten in Preußen geschlossen werden. Die süddeutschen Länder haben sich dieser humanen Regelung verschlossen. In Württemberg ist nur das Schwurgericht gegen ablehnenden Einspruch der Staatsanwaltschaft vorhanden. Für Straftaten in mehreren Ländern ist die Gnadenentscheidung nur in Uebereinstimmung aller dieser an der Gesamtsache beteiligten Länder zu erwirken.

So ist also die Frage der Verwaltungsjustizreform im weitesten Umfang eine politische.

An den Vortrag schloß sich eine lebhafte Diskussion.

Prof. Dr. E. Siemerling:

Platzangst

Unter den nervösen Erkrankungen gibt es eine Gruppe, die mit eigenartigen Vorstellungen einhergeht und bei denen es unter der Mitwirkung von bestimmten äußeren Anlässen zu Angstzuständen kommt: Situationsangst.

Die an Platzangst Leidenden werden, sobald sie einen freien Platz oder eine menschenleere Straße passieren wollen, sofort von der Zwangsvorstellung der Unmöglichkeit dieser Leistung befallen und geraten in so heftige Angst, daß sie faktisch dazu unfähig sind, schliefen sie aber an den Häusern hin oder sind sie in Begleitung selbst eines kleinen Kindes oder sogar eines Hundes, so vermögen sie die Angst zu besiegen. Das Gefühl, eine Begleitung zu haben, gibt Sicherheit. Steht ihm solche Hilfe nicht zur Verfügung, dann wird das

Gefühl des Nichtkönnens

immer stärker. Vermittelt wird dabei das Gefühl einer muskulären Schwäche oder die Erinnerung eines Schreckens, eines Mißgeschicks, eines Mißerfolgs, die unter denselben früheren Umständen sich ereigneten und eine so starke Einwirkung ausübten, daß sie den betreffenden zwangen, sein Vorhaben, den Platz zu überschreiten, aufzugeben. Die peinliche Situation, in welcher der Kranke sich befindet, steigert seine Angst: Eine im Unterleib oder in der Herzgegend beginnende, zum Kopf aufsteigende Empfindung der Beklemmung und der Wärme, nicht selten von einem Gefühl des Schwindels begleitet, tritt auf. Es kommt zu Störungen des Blutlaufes, zu Schweißausbruch, Blässe, Herzklappen. Die Spannung der Muskeln erschläft; in einzelnen Fällen schwinden die Sinne, der Kranke fällt hin.

Es ist oft schwierig, herauszubringen, welche Empfindungen sich das erstmal, als die Platzangst sich geltend machte, einstellten. Bei einem war es die Erinnerung eines Unglücksfalles in der Nähe eines Platzes, bei dem ein Fußgänger überfahren wurde. In einem anderen Fall stellte sich ein ausgesprochener Schwindel ein, mit Angstempfindungen am Herzen. Einer gab an, daß ihm das Ueberfahren eines Platzes in einer ihm unbekanntem fremden Stadt leichter würde, weil er sich hier frei von früheren beunruhigenden Eindrücken fühlte. Manche neuropathischen Individuen geraten in Verlegenheit, wenn sie in Gegenwart von anderen eine Handlung verrichten sollen; sie werden unsicher und gehemmt. Derartige Vorgänge sind in Parallele zu stellen mit der Platzangst.

Es gibt eine ganze Reihe von Analoga der sogenannten Platzangst bei neuropathischen Individuen. Die Schü, allein ausgehen, infolge der Vorstellung drohender Gefahr und mangelnder Hilfe, die die Schü vor geschlossenen Räumen, z. B. Theater, Konzertsaal, außer es wäre Gefahr disponibel, die Blü, und Gemitterfurcht. Es gibt z. B. eine Erdrückungsangst; die Vorstellung, erdrückt zu werden, führt zu wirklichem Erdrücken. Ein junges Mädchen, welches von dieser Zwangsvorstellung befallen war, scheute jede ihr fremde Gesellschaft. Durch Auflegen roter Schminke vorher suchte sie das Erdrücken zu vermeiden. Mit großer Energie, unterstützt durch geeignete Suggestion, konnte sie sich von dieser lästigen Vorstellung befreien.

Weitere Abarten sind

die Grübel- oder Zweifelsucht.

Beim Anblick eines einfachen Gegenstandes schießt der Gedanke auf, warum ist dieser so beschaffen, wie er sich zeigt; man grübelt darüber, warum die Blätter grün sind. Zuweilen tritt Zählsucht auf. Ein Mädchen mußte stundenlang Zahlen herlegen oder aufschreiben. Morgens im Bett war es mit dem Zählen so schlimm, daß sie ganz erschauert war.

Zuweilen treten Vorstellungen auf, welche zu dem übrigen Denken in lebhaftem Kontrast stehen, so der Drang, Gotteslästerungen auszusprechen, den Eltern etwas Böses anzutun. Ein Beispiel davon gibt Gottfried Keller in seinem „Grünen Heinrich“: „So gereichte es mir eine Zeitlang zu nicht geringer Qual, daß ich eine trankhafte Verwünschung empfand, Gott derbe Spottnamen, selbst Schimpfworte anzuhängen, wie ich auf der Straße gehört hatte.“

Einflussung körperlicher Vorgänge

durch Vorstellungen und Gefühle ist bei diesen Zwangsvorstellungen sehr ausgesprochen. Sie wirken auf Bewegungen und Handlungen ein. Die Zwangsvorstellungen haben oft einen verunsichernden, befehlenden oder aufreizenden Inhalt, andere haben hemmenden Inhalt.

Die Ablehnung der Vorstellungen, denen eine solche starke affektive Wucht innewohnt, wird dem Kranken sehr schwer gemacht, obwohl er den Inhalt der Zwangsvorstellungen als unbedeutend und unnötig zu verdrängen sucht. Er steht mit seinem Denken über der Vorstellung, weist diese mit seiner Kritik zurück, und doch unterliegt er dem Zwang.

Der immerwährende Kampf gegen die quälenden Gedanken vermehrt die Angst. Diese ängstliche unbehagliche Stimmung wird durch die Erfolg- und Fruchtlosigkeit aller Bemühungen und Abwehrmaßnahmen meist noch verstärkt.

Die Kranken empfinden den Zwang, dem sie unterliegen als Dual, sie sehen in der Zwangsvorstellung einen „Fremdkörper“, sprechen direkt von Störungen, welche sich in ihr gesundes Denken hineindrängen.

Derartige Eigentümlichkeiten spielen auch in das gesunde Leben hinein. Wenn ist nicht schon passiert, daß er sich Gedanken macht, ob eine Adresse oder ein Schriftstück richtig abgefaßt, ob der Brief in den Kasten gesteckt, ob das Licht gelöscht, die Haustür verschlossen ist, ob ein weggeworfenes Streichholz nicht weiter glimmen und einen Brand verursachen könnte. Hier kommt es aber nicht zu der ausgesprochenen zwingenden Angst und den damit zusammenhängenden Befürchtungen, die sich immer wieder aufdrängen.

Die eigentlichen Zwangsvorstellungen erreichen eine solche Intensität, erzeugen ein solches Gefühl des Gebundenseins, daß sie sich nicht so leicht verschwinden lassen, wie beim Gebunden, ein plötzlich auftretender beunruhigender Gedanke, eine Furcht vor Gefahr. Wenn der Gesunde sich überzeugt hat, daß seine Befürchtung unbegründet war, dann tritt Beruhigung ein. Anders bei den wirklichen Zwangsvorstellungskranken. Er mag sich z. B. nach so oft waschen, die Furcht vor Unsauberkeit bleibt bestehen.

Eigentliche Zwangsvorstellungen entstehen fast ausschließlich auf dem Boden der Psychopathie und bei angeborenen oder erworbenen neuroasthenischen Schwachzuständen. Nicht selten geht das erstmalige Auftreten der Zwangsvorstellung in einer Episode besonderer Erregbarkeit (Schwangerschaft, Wochenbett) vor sich. Einem periodischen Verlauf, abwechselndes Nachlassen und Verstärkungen der Erscheinungen konnte ich mehrfach beobachten.

Die Behandlung des Leidens

Kann bei leichteren Formen in der Sprechstunde des Arztes erfolgen: Durch Zuspruch und Verabfolgung eines Beruhigungsmittels läßt sich Besserung herbeiführen. Unter Umständen über eine Reise, ein Land- oder Höhenaufenthalt, ein Badeort wohlthätige Wirkung aus. Jedenfalls ist das Seelenleben des Patienten genau zu durchforschen und das erfordert viel Zeit. In schwierigen Fällen wird sich die Frage der Behandlung in einem geeigneten Sanatorium erheben. Der Wechsel der Umgebung, das Hineinwerfen in andere Verhältnisse, die Beseitigung von dem gemohnten Tagewerk tragen viel zur Besserung bei.

Die Anwendung der physikalischen Therapie im weitesten Sinne des Wortes wird Nutzen bringen. Die Hauptsache bleibt aber, daß die Persönlichkeit des Behandelnden eine mitforttreibende suggestive Wirkung auf den Kranken ausübt. Ob Suggestion, Hypnose, Psychoanalyse, unterstützt von Arbeitstherapie zur Anwendung kommen, hängt von der Natur des einzelnen Symptomenkomplexes ab.

Eine Untersuchung über Krebs

Nach Mitteilungen des Dr. Schwänke von der Hamburger Chirurgischen Universitäts-Klinik sind in Hamburgischen Staaten seit 1872 bis 1928 und von 1902 bis 1928 insgesamt 20 277 Männer und 25 033 Frauen an Krebs zugrunde gegangen. Bei den Männern handelte es sich in 80 Proz. aller Krebsfälle um Krebs des Verdauungskanales, während die Frauen nur mit 50 Proz. an solchem Krebs den Tod erlitten. In den Jahren von 1918 bis 1925 wurden in der Universitäts-Klinik in Hamburg operiert wegen Magenkrebs 308 Personen, Dickdarmkrebs 127, Mastdarmkrebs 156, Brustkrebs 142, Unterleibscrebs 67; davon leben heute noch in der Reihe der aufgezählten Gruppen 14, 2, 7, 18 und 7 Operierte. In Hamburg starben 1929 auf je 10 000 Einwohner 9,4 Proz. an Tuberkulose, an Krebs jedoch 14,5 Proz.

Quecksilber statt Wasser Die Erfolge der ersten Quecksilber-Dampfturbinen in USA.

Im ersten Augenblick mag der Gedanke, Quecksilber statt Wasserdampf zum Turbinenantrieb zu benutzen, geradezu unsinnig erscheinen. Es ist ja zur Genüge bekannt, welche außerordentlich teure und gleichzeitig giftige Stoffe das Quecksilber ist, ganz abgesehen von seinem hohen Siedepunkt (etwa 360 Grad Celsius), der seine Verwendung zur Kesselspeisung von vornherein auszuschließen scheint. Um so mehr muß die Nachricht überraschen, daß ausgerechnet im praktischen Amerika vor kurzem die ersten Quecksilberdampfturbinen mit Erfolg in Betrieb genommen worden sind. Bei näherem Zusehen zeigt sich jedoch, daß die Amerikaner für diesen Schritt ihre guten Gründe hatten und daß wir es hier mit einer für die Zukunft des Kraftmaschinenwesens hochbedeutungsvollen Neuerung zu tun haben.

Die Gedankengänge, die zum Erfolg des Kesselswassers durch Quecksilber geführt haben, sind in kurzen Zügen folgender: Im Wärmekraftmaschinenbau gilt ganz allgemein die Regel, daß der Wirkungsgrad um so besser wird, je größer das beim Betrieb der Maschine entstehende „Wärmegefälle“, d. h. der Unterschied zwischen höchster und tiefster Temperatur, ist. Um ein Beispiel zu nennen: sorgfältige Messungen haben ergeben, daß im Zylinder eines Dieselmotors bei der Entzündung des eingespritzten Brennstoffes Temperaturen von über 2000 Grad Celsius auftreten, während die dem Auspuffstrom entströmenden Abgase nur noch einige hundert Grad heiß sind. Das „Wärmegefälle“ ist hier also außerordentlich groß, was auf einen entsprechend guten Wirkungsgrad schließen läßt. Tatsächlich bestätigen die Ergebnisse der Praxis diese theoretischen Erwartungen vollkommen, denn der Dieselmotor hat mit nahezu 40 Prozent von allen zur Zeit bekannten Wärmekraftmaschinen den bei weitem höchsten Wirkungsgrad.

Bei den Dampfmaschinen, gleichgültig ob Kolbenmaschinen oder Turbinen, liegen die Verhältnisse wesentlich ungünstiger. Wasserdampf kondensiert bekanntlich bei 100 Grad Celsius, womit die untere Grenze des Wärmegefälles von vornherein festgelegt ist. Es kann sich also nur darum handeln, die obere Grenze durch allerehand Kunstgriffe (Anwendung sehr hoher Kesseldrücke, Ueberhitzung des Dampfes und dergleichen) so weit wie möglich hinauszuschrauben. In der Tat hat sich die Verbesserungsarbeit an der Dampfmaschine von jeher vornehmlich in dieser Richtung bewegt, — mit dem Erfolg, daß wir heute bei sorgfältig durchgeführten Dampfmaschinen auf Wirkungsgrade von 20 bis allenfalls 23 Prozent kommen, was mit vier hinter dem Dieselmotor immer noch um rund die Hälfte zurückbleiben.

Eine weitere Erhöhung des Wirkungsgrades schien trotz aller Bemühungen ausgeschlossen zu sein, bis in jüngster Zeit die Quecksilberdampfturbine auf dem Plan erschien und die Angelegenheit mit einemmal in einem ganz neuen Licht erscheinen ließ. Was die vorstehenden Ausführungen über den Einfluß des Wärmegefälles auf den Wirkungsgrad richtig erfaßt hat, wird sofort erkennen, daß der scheinbare Nachteil des Quecksilbers, sein hoher Siedepunkt, in Wirklichkeit einen außerordentlichen Vorzug bedeutet, denn er erlaubt es, die Höhe des Wärmegefälles auf einen bei Wasserdampf schlechterdings nicht erreichbaren Wert zu steigern. Es kommt außerdem noch etwas anderes hinzu: da Quecksilberdampf nach dem weiter oben Gesagten bei rund 360 Grad Celsius kondensiert, d. h. wieder in den flüssigen Zustand übergeht, diese Temperatur aber weit über dem Siedepunkt des Wassers (100 Grad Celsius) liegt, ist es möglich, den zum Niederlag des der Turbine entströmenden Quecksilber-Abdampfes dienenden „Kondensator“ als Dampfessel auszubilden und so einen großen Teil der sonst verloren gehenden Abwärme zurückzugewinnen. Eine Quecksilberdampfmaschine besteht demnach aus zwei Teilen: der eigentlichen Quecksilberdampfturbine nebst Kessel, sowie einer zusätzlichen Wasserdampfturbine, die aus dem als Hilfsessel ausgebildeten Quecksilberdampf-Kondensator gespeist wird. Das Ganze wird dadurch zu einer normalen Dampfmaschine zwar etwas kompliziert, doch sind die durch die Abwärme-Rückgewinnung erzielten Brennstoffersparnisse so beträchtlich, daß dieser Nachteil dagegen nicht ins Gewicht fällt.

Wie eingangs erwähnt, ist die erste Quecksilberdampf-Großturbine von 10 000 Kilowatt Leistung vor kurzem in einem nordamerikanischen Elektrizitätswerk (Hartford Electric Co.) in Betrieb genommen worden. Voraus gingen jahrelange, eingehende Versuche mit einer kleineren Anlage von 2000 Kilowatt, an der die nötigen Erfahrungen in bezug auf zweckmäßige Konstruktion, einfachste Bedienung usw. gesammelt wurden. Es zeigte sich dabei, daß besonders die sichere Abdichtung der Anlage ein Problem für sich bildet, denn schon geringe Spuren von austretendem Quecksilberdampf können beim Maschinenpersonal die schwersten Vergiftungserscheinungen hervorrufen, während bei gewöhnlichen Wasserdampfturbinen das Entweichen kleiner Dampf-mengen praktisch ganz bedeutungslos ist. Inzwischen ist es jedoch gelungen, auch dieser Schwierigkeit restlos Herr zu werden, so daß man der weiteren Ausbreitung der Quecksilberdampfturbine mit Interesse entgegensehen darf. H. W.

Lösung dieses Problems nun gelungen. Die heute noch benutzte Davische Sicherheitslampe — mit Recht Unsicherheitslampe genannt — ist durch ein sehr sinnreiches, einfaches Gerät ersetzt worden. Unabhängig von Temperatur- und Feuchtigkeitseinflüssen zeigt dieser Apparat den Methangehalt der Luft im Schacht bis auf ein zehntel Prozent genau an.

Schutzmittel gegen Einfrieren des Kühlwassers

Eine große Gefahr für Automobile bedeutet im Winter das Einfrieren des Kühlwassers, was häufig ein Plagen des Kühlers oder gar des Kühlwassermantels am Zylinder zur Folge hatte. Ein neues Schutzmittel dagegen ist Glysanin, das im Wasser aufgelöst wird. Es ist farb- und geruchlos, greift weder Metall noch Lade an und verdunstet nicht mit dem Kühlwasser, woraus sich eine hohe Wirtschaftlichkeit ergibt.

Spiritus aus Holz

Bei der Verarbeitung von Holz zu Papier ist es gelungen, die Sulfatlauge, ein bisher nicht ausgenutztes Abfallprodukt dieses Prozesses, wirtschaftlich zu verwerten. Man gewinnt daraus Hefe und Spiritus, damit Alkohol. Da dieser Spiritus erheblich billiger ist als Kartoffelspiritus, ist seine wirtschaftliche Verwendung als Treibstoff für Automobile möglich.

Holzersatz

In manchen Industriezweigen wird an Stelle des Holzes ein neuer Stoff „Bakelit“ verwandt. Dieser wird auf synthetischem Wege hergestellt und läßt sich in jede gewünschte Form pressen; er ist im Gegensatz zu Holz gegen Feuchtigkeit und Temperatur unempfindlich, durch geeignete Oberflächenbehandlung läßt sich ein dem Holz ähnliches Aussehen erzielen. Da Bakelit die Pressform blank verläßt, braucht es nicht lackiert zu werden. Lassen mit heißen Getränken hinterlassen auf Bakelitplatten keine Spuren.

Die schwersten Lokomotiven Europas

Die Schweizer Bundesbahnen haben für den Schnellzugbetrieb auf der Gotthardbahn zwei elektrische Lokomotiven in Auftrag gegeben, die an Größe und Leistungsfähigkeit alle bisherigen europäischen Lokomotiven weit übertreffen. Jede dieser Lokomotiven leistet im Dauerbetrieb etwa 6500 PS gegenüber 2500 PS der neuen Einheitslokomotive der Deutschen Reichsbahn und ist imstande, die schweren Schnellzüge über die starken Steigungen des Gotthard mit etwa 65 Kilometern Stunden Durchschnittsgeschwindigkeit zu befördern. Bei der Talfahrt arbeiten die Motoren als Generatoren und liefern so elektrische Energie in das Netz zurück.

Kraftstoffherzeugung

Auf der Hauptversammlung der Brennstofftechnischen Gesellschaft las Prof. Th. Kasper-Berlin an Stelle des erkrankten Dr.-Ing. H. Thau dessen angekündigten Vortrag „Gegenwärtiger Stand von Technik und Wirtschaft der Kraftstoffherzeugung aus Kohle“. Er führte aus, daß die Gewinnung flüssiger Kraftstoffe aus festen Brennstoffen, wenn man die Stadtgas- und Kokerindustrie außer Betracht läßt, sich auf die Destillation der Brennstoffe bei niedriger Temperatur beschränkt, wobei man von Verschmelzung spricht. Dazu kommt noch der künstliche Aufbau von Oelen. Die Steinkohlenschwefelerei konnte in Deutschland nicht festen Fuß fassen, weil für den als Rückstand gewonnenen Schwefel eine lohnende Absatzmöglichkeit fehlt. Für die auf Mitteldeutschland beschränkte Braunkohlenschwefelerei, die im schweren Wettbewerb mit ausländischen Oelen steht, ist eine ganze Anzahl von brauchbaren Oelen ausgebildet worden. Der Hydrierung werden gegenwärtig nur Oele unterworfen, indem sie durch Wasserstoffanlagerung in Betriebsstoffe übergeführt werden.

Die Kraftstoffgewinnung hat einen starken Anstoß erhalten, weil den Generatoren neuerdings reiner Sauerstoff statt Luft zugeführt werden kann, denn es ist heute möglich, den Sauerstoff, der bei der Luftverflüssigung in Verbindung mit der Ammoniaksynthese als Nebenprodukt anfällt, bedeutend billiger zu erhalten. Oberingenieur W. Ernst-Hamburg führte in einem Vortrag „Schmieröl und Schmierung der Brennkraftmaschinen“ aus, daß bei Vergasermaschinen die Reibungsverluste von etwa 20 Proz. sich durch richtige Bearbeitung und Wahl des Schmiermittels bis auf 6 Proz. herunterdrücken lassen, was bei der immer noch erheblichen Einfuhr von Oelen (600 000 Tonnen, von denen 200 000 zur Schmierung von Brennkraftmaschinen verbraucht werden) wohl ins Gewicht fallen könnte. Am günstigsten ist der Oelverbrauch bei Maschinen, bei denen die Zylinderolenschmierung vollkommen getrennt von derjenigen der Lager erfolgt.

In dem Vortrag „Gas und Oel in Industrie und Kraftwerk“ betonte Ingenieur B. Wiser-Berlin, daß die Entwicklung der Feuerungstechnik und Wärmewirtschaft die festen Brennstoffe in der Wärme- und Kraftherzeugung immer mehr durch Gas und Oel ersetzt hat, wodurch die Wirtschaftlichkeit in den verschiedensten Anwendungsgebieten sehr erheblich gesteigert werden konnte. Die Leistungen und Wirkungsgrade der neuzeitlichen Oelen sind durch die Anwendung des Gases mit seinen betrieblichen und technischen Vorteilen sehr gesteigert. Durch die Fließarbeit und die Nationalisierung wird der Industrieoelen immer mehr zur Wärmemaschine. Auch ölgefeuerte Oelen findet man heute in allen Industriezweigen; besonders in solchen Werken, die ihre Feuerstätten nur zeitweise, zum Wärmen oder Schmelzen, betreiben, sind sie die gegebene Ofenart. Zur Kraftherzeugung aus Oel bedient man sich des Dieselmotors, und zwar sind kleine Dieselanlagen gegenüber dem Dampftrieb meist wettbewerbsfähig. Sehr im Vordergrund steht in letzter Zeit der Dieselmotor zur Stromerzeugung in Kraftwerken behufs Aufnahme von Spitzenlasten. H.

Indienflug mit Kurzwellenverbindung

Das holländische Großflugzeug „PH AGA“, ein dreimotoriges Fokker-Flugzeug der Type F 9, verließ am 13. November 1930 den Flughafen Schiphol bei Amsterdam, um in zwölf Etappen Batavia in Hollandisch-Indien zu erreichen. Die 15 000 Kilometer betragende Entfernung ist augenblicklich die längste bisher geflogene Strecke.

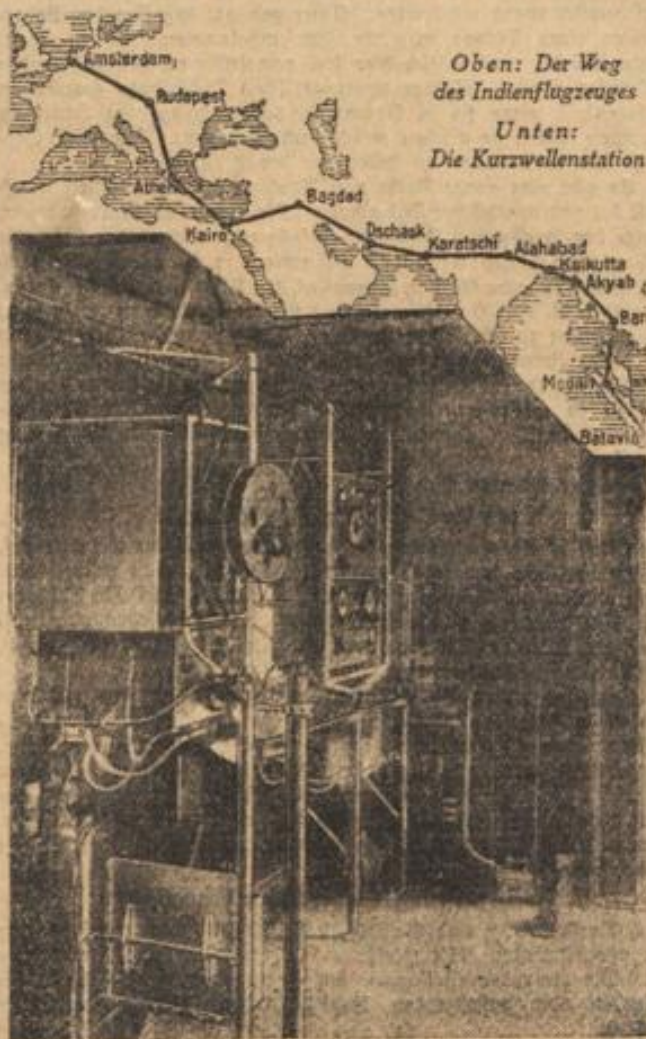
Für dieses Flugzeug wurde eine Lorenz-Langwellenstation mit einem Wellenbereich von 550—1350 Meter und einer Antennenenergie von 120 Watt geliefert. Um eine dauernde Funkverbindung

zwischen Flugzeug und Bodenstationen herstellen zu können, hätte diese Station aber nicht ausgereicht, da bisher durchschnittliche Entfernungen von 100 Kilometer überbrückt wurden. Hier mußte eine Kurzwellenstation mit möglichst großer Energie ausfallen, was besonders günstig war, da in Holland, Indien und auf Java Großfunkstellen mit Kurzwellenbetrieb eingesetzt werden konnten. Im internationalen Luftverkehr sind wegen der geringen Entfernungen und der Dichte der Flugfunknetze Kurzwellen-Spezialgeräte noch nicht eingeführt. Es war in Ermangelung praktischer Erfahrungen zunächst also nicht möglich, die Reichweiten der zu verwendenden Kurzwellenstation vorauszusagen. Man mußte sich mit Schätzungen begnügen, die allerdings während des Fluges wesentlich übertroffen wurden. An Stelle der sonst üblichen Kurzwellenstation mit 5 Watt Antennenleistung wurde eine solche mit 40 Watt Antennenleistung verwendet. Der Wellenbereich der Station betrug 20—60 Meter und gestattete, die Wellen entsprechend der Entfernung und Tageszeit anzupassen. Der Lorenz-Röhren-Spezialempfänger gewährleistete in der fliegenden Maschine trotz der vielseitigen elektrischen Störungen einen einwandfreien Empfang.

Die vorher aufgestellte Streckenordnung mußte, da die Ueberfliegung Konstantinopels durch Flugzeuge mit Funkanlagen verboten ist, geändert werden. Aus diesem Grunde wurden Athen und Kairo angefliegen, was eine Ueberquerung des Mittelmeeres, einer Wasserstrecke von 800 Kilometer, bedingte.

Durch die Lorenz-Kurzwellenstation wurde eine Dauerverbindung mit dem Ausgangspunkt oder der Zielstation hergestellt. Die Stromversorgung des Senders erfolgte aus einem von der Bordbatterie gespeisten Emitter-Umformer. Die über die Tragfläche des Flugzeuges fest gespannte Dipolantenne gestattete die Inbetriebnahme der Station während des Fluges und nach erfolgter Landung. Dadurch wurde die Aufrechterhaltung einer Funkverbindung auch bei eventuellen Rollandungen in den zu überfliegenden unbewohnten Gebieten gewährleistet.

Der Indienflug wurde in den vorgesehenen zwölf Etappen ohne Zwischenfall durchgeführt, das holländische Flugzeug landete am 25. November in Batavia. Auf ihrem Flug war die „PH AGA“ bis Dschak in Persien, am Golf von Omar, dauernd mit der Heimat auf kurzer Welle in direkter Funkverbindung. Die hierbei erzielte Reichweite im Wechselverkehr betrug 5500 Kilometer. Von Dschak aus übernahmen die Stationen Bagdad, Kuba und Bandoeng die Verbindung mit dem Flugzeug. Die letzte Großstation gab die von der Maschine erhaltenen Meldungen direkt nach Rotterdam, der holländischen Großfunkstelle, weiter. Vor dem täglichen Start wurde von der Funkstation des Flugzeuges die Verbindung mit einer der genannten Stationen auf Kurzwellenbetrieb aufgenommen, nach erfolgtem Tagesflug beendete ein kurzer Funkbericht das Tagesprogramm. Dieser Flug hat die Brauchbarkeit der Kurzwellen im Luftverkehr bewiesen und gezeigt, daß diese Wellen demnächst ihren berechtigten Platz in der Luftfahrt einnehmen werden.



Ober: Der Weg des Indienflugzeuges
Unten: Die Kurzwellenstation

Neues aus der Technik

Stahl im Straßenbau

Im Staate Illinois U.S.A. ist zum erstenmal Stahl als Straßenbaustoff verwandt worden. Auf den gewalzten Untergrund wird eine Stahlunterlage und ein Asphalt ausgelegt. Hierauf wird dann eine Mischung von Asphalt und Sand gebracht, in die als oberste Decke Ziegel von besonderer Größe und Festigkeit eingebettet werden. Die Stahlunterlage ist rostbeständig und mit Rippen zur Erhöhung der Festigkeit versehen. Nach den Versuchsberichten ist diese Straßenbedeckung sehr fest, eben, schmiegsam, widerstandsfähig gegen Stöße, temperaturbeständig und sicher gegen Risse. Der Preis soll unter dem der bisherigen Bausteine liegen.

Verhütung von Schlagweiterexplosionen

Auf ein Preisaus Schreiben der preussischen Staatsregierung für einen zuverlässigen, ungefährlichen Anzeiger für schlagende Wetter sind einige hundert Apparate eingereicht worden; doch keiner entsprach den Anforderungen. Einem holländischen Ingenieur ist die